

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZE 67/71

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Jacob G [REDACTED],

G [REDACTED], [REDACTED] -USA, [REDACTED] H [REDACTED] Street,

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED] [REDACTED] ..

gegen

Land B e r l i n ,

vertreten durch den Senator für Inneres,

Berlin 30, Potsdamer Str. 186,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 11. Juli 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Henkel, Fuhs und Portmann beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision in Urteil des 15. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin vom 24. Juli 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

G r ü n d e

Der Kläger meldete fristgerecht Ansprüche auf Entschädigung für Gesundheitsschaden an, ohne sie zu erläutern. Auf eine Anfrage der Entschädigungsbehörde ließ er durch einen Bevollmächtigten mit Schreiben vom 24. März 1964 mitteilen, daß er einen Gesundheitsschaden nicht geltend machen wolle; die Mantelformularanmeldung sei nur vorsorglich erfolgt. Im Dezember 1965 meldete er die Ansprüche erneut an und reichte im Juni 1966 einen B-Bogen ein, in dem die verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden erstmals bezeichnet sind.

Der Berufungsrichter würdigt die Erklärung vom 24. März 1964 als Rücknahme, die den angemeldeten Anspruch abschließend regelte. Deshalb verneint er ein Recht zur erneuten Anmeldung nach § 189a Abs. 1 EEG. Das ist aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden.

- 3 -

Entgegen der Auffassung der Beschwerde ist auch nicht über eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden. Die Auslegung der Erklärungen des Antragstellers gegenüber der Entschädigungsbehörde bestimmt sich nach den besonderen Umständen des Einzelfalles; rechtsgrundsätzlich läßt sich dazu nichts sagen.

Auch soweit der Berufungsrichter die Voraussetzungen für eine Angleichung nach Art. IV Nr. 1 Abs. 1a, Nr. 2 EEG-Schluss verneint hat, ergibt sich kein Zulassungsgrund. Allerdings umfaßte die wirksame Anmeldung des Anspruchs auf Entschädigung für Gesundheitsschaden am 26. März 1957 auch den Rentenanspruch in Sinne des § 31 Abs. 1 EEG; die Erklärung läßt nicht erkennen, daß der Antrag auf die Einzelansprüche Kapitalentschädigung und Heilverfahren beschränkt sein sollte (vgl. BGH Urteil vom 18. September 1972 - 162/71, nicht veröffentlicht). Der Kläger hat aber über die Beweggründe für die Aufgabe des Rentenanspruchs nichts vergetragen. Sie müssen nur ermittelt werden, wenn nach den Grundsätzen des Urteils BGH RnV 1969, 358 Nr. 40 medizinische Gründe für die Aufgabe zu unterstellen sind. Das kommt hier nicht in Betracht. Der Kläger hat die verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden erstmals im Juni 1966 bezeichnet.

Mai

Henkel

